

Bewegungs-aktuell

stiftung

Anstöße für soziale Bewegungen Nr. 3/2007



Termine

Strategiewerkstatt

29. Februar - 2. März 2008
Berlin

Stiftungstag 2008

»Biete Geld – Suche Wandel«
Mit Stiftungen gesellschaftlichen Wandel gestalten

11. - 12. April 2008
Frankfurt am Main

Damit sich was bewegt

Wie Protest und soziale Bewegungen Gesellschaft verändern

Am Beginn des 21. Jahrhunderts ist die Menschheit mit einer Reihe von globalen Herausforderungen konfrontiert: den Klimawandel einzudämmen, Hunger und

Armut zu überwinden sowie Freiheit und Demokratie gegen Angriffe religiöser Fundamentalisten und gegen einen ausufernden Sicherheitsstaat zu verteidigen. Eine wachsende Zahl von (vor allem jungen) Stiftungen verkündet selbstbewusst, einen Beitrag leisten zu wollen, diese Probleme zu meistern. Im Gegensatz zu vielen etablierten Stiftungen wollen sie dabei nicht die Symptome lindern, sondern die Ursachen an der Wurzel packen.

Im Leitbild der Bewegungsstiftung heißt es: »Soziale Bewegungen verändern die Gesellschaft. Die Bewegungsstiftung unterstützt ihre Arbeit für Demokratie, Frieden, Ökologie und soziale Gerechtigkeit durch Zuschüsse und Beratung.« Selbst bei engagierten Menschen, die davon überzeugt sind, dass die künftigen Herausforderungen einer grundlegenden Antwort bedürfen, irritiert gelegentlich der klare Fokus auf soziale Bewegungen.

Der Blick in eine Tageszeitung und erst recht in die abendlichen Fernsehrichten vermittelt das Bild von einer Welt, in der Regierungen, Parteien, Unternehmen und Experten den Gang der Dinge bestimmen. »Normale« Bürgerinnen und Bürger, die sich in Initiativen engagieren oder an Demonstrationen teil-

nehmen, scheint es kaum zu geben. Und wenn sie Beachtung finden, dann werden sie eher als störendes Rauschen im Politikprozess denn als Motor von Veränderung dargestellt.

Unter dem Titel »Damit sich was bewegt« haben wir ein Buch herausgegeben, in dem wir zeigen, wie soziale Bewegungen Gesellschaft verändern. In Reportagen, Interviews und Analysen wird am Beispiel von Organisationen wie *Urgewald*, *FoeBuD* und *LobbyControl* sowie anhand der Arbeit von BewegungsarbeiterInnen beschrieben, »wie soziale Bewegungen arbeiten und wirken«. Professor Dieter Rucht definiert »soziale Bewegungen als demokratische Produktivkraft«. StifterInnen geben Aufschluss über ihre Motive, Proteste zu finanzieren. Der Band schließt mit einem Text, der die Diskussionen in der Stiftung über das Konzept der progressiven Philanthropie zusammenfasst.

Mit diesem Buch legen wir eine Reflexion unserer Arbeit der ersten fünf Jahre vor und verknüpfen sie mit dem politischen Alltag von sozialen Bewegungen.

Inhalt

Der Protest gegen die Vorratsdatenspeicherung als Auftakt einer neuen Bürgerrechtsbewegung ... Seite 2

»Gerechtigkeit jetzt!«
Bewegungsarbeiter Edgar Schu wird vorgestellt ... Seite 3

Neue gesetzliche Bedingungen fürs Stiften und Spenden ... Seite 4

Vorstellung der neuen Förderprojekte der Bewegungsstiftung ... Seite 5

»Erfolgsspot« Förderprojekt **Lobbyisten in Ministerien:** LobbyControl veröffentlicht Liste mit über 100 Fällen ... Seite 6

**Damit sich was bewegt.
Wie soziale Bewegungen und Protest Gesellschaft verändern.**

Felix Kolb/Bewegungsstiftung (Hrsg.)
VSA-Verlag, 128 Seiten, 9,80 Euro

Der Protest gegen die Vorratsdatenspeicherung als Auftakt einer neuen Bürgerrechtsbewegung

Gastbeitrag von Rena Tangens, FoeBuD e.V.

»Das ist die größte Demonstration für Bürgerrechte und Datenschutz seit der Volkszählung 1987«, sagte Thilo Weichert, der Datenschutzbeauftragte von Schleswig-Holstein, bei der Demonstration »Freiheit statt Angst« in Berlin. Über 15.000 Menschen gingen am 22. September 2007 in Berlin auf die Straße, um gegen die geplante Vorratsdatenspeicherung zu protestieren.

Zu der Demo hatten über 50 Organisationen, Initiativen und Parteien aufgerufen, darunter Journalisten-, Anwalts-, und Ärzteverbände, ver.di, die evangelische Telefonseelsorge, Attac, Die Linke, die Jungen Liberalen und Bündnis 90/Die Grünen. Organisiert wurde die Demo durch Bürgerrechtsorganisationen wie das Netzwerk Neue Medien, die Humanistische Union, den FoeBuD und viele Einzelpersonen, die sich im »Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung« in einem lockeren Bündnis zusammengeschlossen haben, um die Vorratsdatenspeicherung zu verhindern.

Was bedeutet überhaupt »Vorratsdatenspeicherung«? Ab dem 1. Januar 2008 will die Bundesregierung mit dem »Gesetz zur Neuregelung der Telekommunikationsüberwachung« alle Telekommunikationsunternehmen verpflichten, die Verbindungsdaten ihrer

Kunden für sechs Monate zu speichern – verdachtsunabhängig, sozusagen »auf Vorrat«. So kann in Zukunft für die gesamte Bevölkerung nachvollzogen werden, wer mit wem wann und wie lange per Telefon oder Internet Kontakt gehabt hat. Bei Handy-Telefonaten und SMS wird zusätzlich der jeweilige Standort des Benutzers festgehalten.

Die Folgen? Durch die Vorratsdatenspeicherung werden sensible Informationen über persönliche soziale Beziehungen, über alltägliche Bewegungen und über Lebenssituationen von Menschen gesammelt. Das Anwaltsgeheimnis, die ärztliche Schweigepflicht, das Redaktionsgeheimnis der Presse und andere Berufsgeheimnisse werden ausgehöhlt. Die Maßnahme ermittelt eben nicht gezielt gegen Verdächtige, sondern betrifft alle Bürgerinnen und Bürger. Die Kosten der Datenspeicherung



bei den Telekommunikationsunternehmen sind enorm und werden letztlich von den VerbraucherInnen bezahlt.

Die vorgesehene Überwachung aller Bürger kehrt ein grundlegendes Prinzip unseres Rechtsstaates um – die Unschuldsvermutung. Bisher erforderte die Aufnahme von Ermittlungen einen Anfangsverdacht. Bei der Vorratsdatenspeicherung entfällt diese Hürde. Auch das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung wird durch die Vorratsdatenspeicherung verletzt, denn Bürgerinnen und Bürger haben als Betroffene weder Macht noch Kontrolle darüber, was von ihrem Kommunikationsverhalten preisgegeben wird.

Die Wirksamkeit der Vorratsdatenspeicherung ist dabei mehr als zweifelhaft. Technisch versierte NutzerInnen und alle, die tatsächlich etwas Kriminelles planen, können sie leicht umgehen. Dies ist leicht zu demonstrieren mit dem »PrivacyDongle« des FoeBuD zum anonymen Surfen im Internet. Was übrig bleibt ist die Überwachung von 80 Millionen Bundes- bzw. 450 Millionen unbescholtenen EU-Bürgerinnen und -bürger.

Allem Bürgerprotest und Expertenrat zum Trotz hat der Bundestag am 9. November 2007 das »Gesetz zur Neuregelung der Telekommunikationsüberwachung« beschlossen. Doch der Widerstand geht weiter: Derzeit organisiert der Arbeitskreis die größte Verfassungsbeschwerde in der Geschichte Deutschlands. Mehr als 7.000 Menschen haben bereits die Vollmacht unterschrieben – und es werden täglich mehr.

www.vorratsdatenspeicherung.de



»Gerechtigkeit jetzt!«

Bewegungsarbeiter Edgar Schu vorgestellt



Wer **Edgar Schu** Jahrgang 1969 zum ersten Mal trifft, kommt wahrscheinlich nicht auf die Idee, einen Diplom-Chemiker vor sich zu haben. Seine positive und zugewandte Art würden wohl die wenigsten mit einem ernsten Naturwissenschaftler verbinden. Ein Blick in seinen Lebenslauf zeigt den langen Weg vom Chemiker zum Vollzeitaktivisten.

Schon in seiner Jugend und als Student engagierte er sich in politischen Bewegungen. Über die Anti-AKW-Bewegung und die Antifa kam er zur sozialen Frage. Beim bundesweiten Aktionsbündnis Sozialproteste (ABSP), das aus den Montagsdemonstrationen entstanden ist, kämpft er seit 2004 gegen die weitere Verschärfung von Gesetzen gegen Erwerbslose und gegen Lohndumping.

Nach einer befristeten Anstellung als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Göttingen machte er sein politisches Engagement zum Lebensinhalt. Ohne festes Einkommen musste Edgar Schu seinen Unterhalt aus Ersparnissen bestreiten. Seit Juni 2007 ist er Bewegungsarbeiter und wird nun von ersten PatInnen über die Bewegungsstiftung in seiner Arbeit unterstützt.

Im ABSP sind Protestinitiativen aus ganz Deutschland vertreten. Montagsdemonstrierende, Erwerbslosengruppen und Einzelpersonen aus der Basis von Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, Parteien, Sozialverbänden und kirchlichen Organisationen arbeiten hier im Netzwerk zusammen.

Edgar Schu betreibt das Büro des ABSP »in seinem WG-Zimmer«, wie er lächelnd hinzufügt. Von hier aus werden Rundmails nach Absprache mit dem Koordinierungskreis verfasst und an mehrere hundert Aktive im Bundesgebiet versandt. Außerdem hält Edgar Schu mit zahlreichen Gesprächen, E-Mails und seiner gelegentlichen Beteiligung an Projekten vor Ort den Kontakt zu den bundesweit verteilten Initiativen. Im Gespräch betont Edgar Schu, wie wichtig es ihm ist, nicht

nur zu protestieren, sondern konstruktive Kritik zu üben. Erwerbslosenthemen sollen Teil gesellschaftlicher Diskussion werden.

Seine Forderungen fasst er kurz in drei Zahlen zusammen: 30 – 10 – 500. Die 30-Stunden-Woche trägt der gesteigerten Produktivität Rechnung und ermöglicht so die Verteilung von Arbeit auf möglichst viele Menschen. 10 Euro Mindestlohn sowohl im privaten als auch im staatlichen Beschäftigungssektor sollen einen Schutz vor Lohndumping und Ausbeutung bieten. Die menschenunwürdigen 347 Euro Arbeitslosengeld II sollen auf 500 EURO angehoben werden, damit Erwerbslose nicht noch weiter aus dem gesellschaftlichen Leben hinaus gedrängt werden.

PatIn werden!

BewegungsarbeiterInnen wie Edgar Schu werden in ihrem Engagement als VollzeitaktivistInnen von PatInnen durch regelmäßige Beiträge unterstützt. Schon mit Beiträgen ab 10 Euro pro Monat können Sie als PatIn einen Beitrag zur Arbeit einer/eines Bewegungsarbeiterin/s leisten. Im Gegenzug berichtet Ihnen der/die Bewegungsarbeiter/in regelmäßig über seine/ihre Aktivitäten, über neue Ereignisse und Erfolge. Wer Edgar Schus Bewegungsarbeit unterstützen will, kann sich mit der Geschäftsstelle in Verbindung setzen oder unter www.bewegungsstiftung.de/patenschaften.html gleich online Patin oder Pate werden.

Neue gesetzliche Bedingungen fürs Stiften und Spenden!

Am 10. Oktober hat der Bundesrat dem »Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements« zugestimmt. Damit gelten rückwirkend ab 1. Januar 2007 wesentlich günstigere Regelungen für die steuerliche Absetzbarkeit von Spenden und Zustiftungen.

Zuwendungen in das Kapital einer Stiftung (Zustiftungen) können bis zu einer Million Euro von der Einkommensteuer abgesetzt werden – unabhängig davon, ob die Stiftung bereits besteht oder neu errichtet wird. Die steuerliche Absetzung kann über zehn Jahre verteilt werden. Bis zu zwanzig Prozent des Einkommens können jedes Jahr als Spende an gemeinnützige Vereine und Stiftungen zugewendet werden. Dieser Betrag ist unbegrenzt vortragbar, d.h. eine sehr hohe Spende in einem Jahr kann auch erst zu einem deutlich späteren Zeitpunkt abgesetzt werden.

Im Juli 2007 hat der Bundesrat eine Abgeltungssteuer auf Einkünfte aus Kapitalvermögen beschlossen. Mit der Abgeltungssteuer werden Zins- und Dividendeneinkünfte ab 2009 an der Quelle mit 25 Prozent abschließend besteuert. Wer also ganz von solchen

Einkünften lebt, muss keine Steuererklärung mehr abgeben, zahlt einen Spitzensteuersatz von nur 25 Prozent, kann aber auch nichts mehr steuerlich absetzen – auch keine Zustiftungen.

Für diesen Personenkreis entfallen damit auch die steuerlichen Anreize für Zuwendungen – allerdings sinkt auch die Steuerlast um zwanzig Prozent, so dass mehr Einkommen für Spendenzwecke zur Verfügung steht. Die Möglichkeit, Einkünfte aus Kapitalvermögen zu spenden und steuerlich geltend zu machen, besteht nach neuem Recht nur noch in den Jahren 2007 und 2008. Der Bundesverband Deutscher Stiftungen bemüht sich, die Spendenabzugsfähigkeit bei Zins- und Dividendeneinkünften wiederherzustellen. Ob diese Versuche erfolgreich sein werden, ist noch nicht abzusehen.

Buchtipp



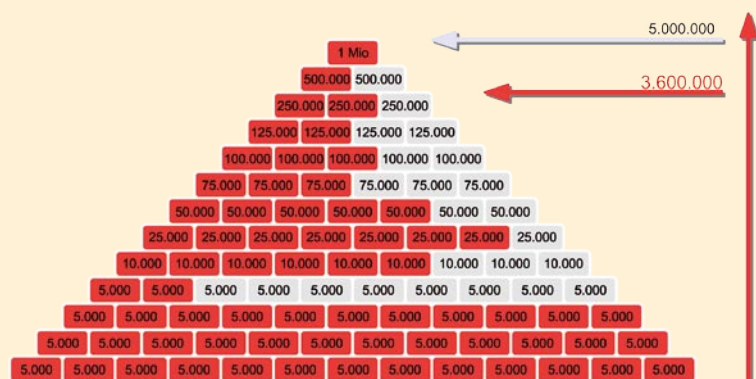
Besser spenden!

Ein Leitfaden für nachhaltiges Engagement von Ise Bosch

Wer geerbt hat oder anderweitig zu Vermögen gekommen ist, ist mit Themen konfrontiert, die über die Geldanlage weit hinausgehen. Der Ratgeber »Besser spenden!« geht die großen Fragen an: Wo möchte ich und wo kann ich etwas bewirken? Wo kann die Bekanntheit meiner Person einen Unterschied machen? Wie stelle ich das an, ohne von den Wünschen anderer aufgefressen zu werden?

Verlag C.H. Beck, 196 Seiten, 12,95 Euro, ISBN 978-3-406-54797-3

Stiftungsvermögen von Bewegungsstiftung und Stiftung Bridge



Bewegungsstiftung erhält Zustiftung in Höhe von 1.000.000€

Ende Oktober ist die Bewegungsstiftung das erste Mal in ihrer Geschichte mit einer Zustiftung in Höhe von 1.000.000 Euro bedacht worden. Diese sehr großzügige Unterstützung betrachten wir als besonderen Vertrauensbeweis in unsere Arbeit und als Ansporn, sozialen Bewegungen weiter mit aller Kraft unter die Arme zu greifen.

Durch die Zustiftung ist das Kapital von Bewegungsstiftung und Stiftung Bridge auf zusammen 3,6 Millionen Euro angewachsen. Zusammen mit zinslosen Darlehen verwaltet die Bewegungsstiftung inzwischen rund vier Millionen Euro. Damit stehen allein aus den Erträgen des Vermögens im kommenden Jahr mindestens 80.000 Euro für die Förderung sozialer Bewegungen zur Verfügung.

Impressum: Herausgeber Bewegungsstiftung, Artilleriestraße 6, 27283 Verden **Mitarbeiter** Matthias Gläser, Michael Assheuer, Henning Wellmann, Jochen Stay **Verantwortlich** Felix Kolb, kolb@bewegungsstiftung.de **Kontakt** Telefon 04231 - 95 75 40, Fax 04231 - 95 75 41, info@bewegungsstiftung.de, www.bewegungsstiftung.de **Bankverbindung** Förderverein Bewegungsstiftung e.V., GLS Gemeinschaftsbank e.G., Konto 46 314 400, BLZ 430 609 67, **Layout** Freiraum Kommunikation, Köln **Foto-Collagen** ©www.freiraum-koeln.de, **Druck** Pachnicke, Göttingen, **Papier** Lenza-Top-Recycling aus 100% Altpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltengel

»Die neuen Förderprojekte der Bewegungsstiftung«

In diesem Herbst vergibt die Bewegungsstiftung 39.000 Euro für die Förderung von sozialen Bewegungen. 15.000 Euro davon fließen in die Projektförderung von zwei Kampagnen. Mit 24.000 Euro wird die bereits laufende Basisförderung für LobbyControl aufgestockt und bis 2010 verlängert.



Die Monopolstellung der vier großen Stromkonzerne bremst die ökologische Energiewende. Nach AKW-Störfällen, Preiserhöhungen und offensiver Kohlepolitik ist Vattenfall das Unternehmen mit dem schlechtesten Image in Deutschland. Mehr als 200.000 KundInnen haben in den letzten Monaten Vattenfall verlassen. Eine gute Gelegenheit: Die Kampagne **»Tschüss Vattenfall – Hamburg steigt um«** will den Bau eines neuen Kohlekraftwerkes in Hamburg-Moorburg verhindern und den Druck auf den Energiekonzern steigern, um


die Stilllegung der Atomkraftwerke Krümmel und Brunsbüttel zu beschleunigen. Die Aktiven wollen das Wechselfieber weiter anheizen und verbinden dabei öffentlichkeitswirksame Protestaktionen mit einem umfangreichen Beratungsangebot. Außerdem ist ein eigenes Ladenlokal als Stromwechselstube eingerichtet, in dem die Menschen direkt vor Ort ihren Anbieter wechseln können.

Zuschuss: 8.000 Euro
www.hamburg-steigt-um.de



Die Volksinitiative **»Eine Schule für alle«** will die Abschaffung des drei- bzw. viergliedrigen Schulsystems zugunsten einer gemeinsamen Schule für alle Kinder und Jugendlichen im Bundesland Hamburg vorantreiben. Das gegliederte Schulsystem reproduziert die soziale Ungleichheit, behindert die Chancengleichheit und fördert zugleich festgefahrene Privilegien. Dadurch wird die gerade für eine Millionenstadt wie Hamburg wichtige kulturelle und soziale Integration erschwert.

Die Chancen für die Initiative stehen gut, da in Hamburg gerade ein neues Schulsystem eingeführt werden soll. Mit Hilfe der Volks-



Initiative für Transparenz und Demokratie

Die Basisförderung für **»LobbyControl«** (siehe Erfolgsspot) war bisher für die Jahre 2006 bis 2008 mit insgesamt 40.000 Euro bewilligt. LobbyControl klärt auf über Lobbying, PR-Kampagnen und Denkfabriken und kämpft für klare Grenzen des Lobbyismus. In nur zwei Jahren ist der Organisation gelungen, das Thema wiederholt in die Medien zu bringen und sich als kompetenter Ansprechpartner zu etablieren. Weil der Aufbau der jungen Organisation gut vorankommt, er aber noch nicht vollständig aus eigener Kraft getragen werden kann, werden für die Jahre 2008 bis 2010 noch einmal 24.000 Euro ausgeschüttet.

gesetzgebung möchte die Initiative ein bundesweites Zeichen setzen. Bis zum 30. Januar 2008 sollen 10.000 Unterschriften gesammelt werden, um ein Volksbegehren auf den Weg zu bringen. Bei diesem Volksbegehren müssen dann 61.000 Unterschriften in einem Zeitraum von drei Wochen zusammenkommen. Wenn dies gelingt, ist die Hamburger Bürgerschaft gezwungen, über das Anliegen zu entscheiden. Lehnt das Parlament ab, kommt es zu einem Volksentscheid aller wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger.

Zuschuss: 7.000 Euro
www.eineschule.de

»Erfolgs- spot«

Förderprojekt

Lobbyisten in Ministerien:

LobbyControl veröffentlicht
Liste mit über 100 Fällen



Wirtschaftslobbyisten stricken in den Ministerien an den Gesetzen mit, die eigentlich ihre Unternehmen regulieren sollen. Sie haben bevorzugten Zugang zum Gesetzgebungsverfahren und können zahlreiche interne Informationen aus den Ministerien direkt für ihr Unternehmen nutzbar machen. So werden Böcke zu Gärtnern gemacht.

Ein Mitarbeiter von Fraport, dem Betreiber des Frankfurter Flughafens, sitzt im Verkehrsministerium, schreibt an den Lärmschutzbestimmungen für Flughäfen mit und verhindert ein bundesweites Nachtflugverbot. Ein Lobbyist der Deutschen Börse AG schreibt mehr als drei Jahre im Finanzministerium am Gesetzentwurf zur Modernisierung des Investmentwesens mit und trägt dazu bei, dass die

Zwischensteuer bei Investmentfonds abgeschafft wird. Die Krankenkasse DAK finanziert einen Angestellten, der im Gesundheitsministerium arbeitet und dort vertrauliche Dokumente zur Gesundheitsreform kopiert und an seinen Arbeitgeber weiterleitet.

Das sind nur einige Beispiele, die zeigen, wie Lobbyisten von ihrem Schreibtisch in Ministe-

rien profitieren. LobbyControl hat im Sommer über 100 solcher Fälle recherchiert und im Internet veröffentlicht. Zu Beginn der Parlamentsferien forderte die Organisation mit einer Aktion in Berlin »Lobbyisten in die Sommerpause – und dann nach Hause«.

Die Presse berichtet breit, und es entzündet sich eine öffentliche Debatte um diese bisher weitgehend unbekannt Praxis der direkten Einmischung. Die Forderung von LobbyControl ist klar: Diese »Leihbeamten« müssen raus aus den Ministerien. Und wenn Abgeordnete und Minister wirklich externen Sachverstand brauchen und in Anspruch nehmen wollen, muss dies transparent und klar geregelt sein.

www.keine-lobbyisten-in-ministerien.de

Allmende Wulfsdorf – eine neue Dorfgemeinschaft entsteht

»Allmende« hieß früher die von einer Dorfgemeinde gemeinschaftlich genutzte Fläche. Zwischen Hamburg und Ahrensburg entsteht eine neue Dorfgemeinschaft, in der rund 300 Menschen auf 6,5 Hektar wohnen und arbeiten sollen: Die Allmende Wulfsdorf bietet Freiraum für eine Kultur der Kommunikation und der alltäglichen Lebenskunst. Verantwortliches Handeln im sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Bereich gehört zentral dazu.

Das Grundstück bleibt Eigentum des gemeinnützigen Vereins Allmende Wulfsdorf e.V. Auf diese Weise ist der Grund und Boden vor Spekulation sicher und dient dauerhaft den so-

zialen und ökologischen Zwecken der Allmende. Vierzig Prozent der Gebäudefläche sind für Gewerbe reserviert. Die Allmende ist ein Angebot, den eigenen Arbeits- und Lebensraum mitzugestalten und mitzuprägen. Eigeninitiative ist die Basis der Dorfgemeinschaft. Ziel ist, eine verantwortungsvolle Nachbarschaft aufzubauen, in der Ökologie und Umweltschutz in allen Lebensbereichen eine zentrale Rolle spielen.

Der Verein Allmende Wulfsdorf e.V. hat sich entschieden, eine 38 qm große Wohnung wegen sozialem Eigenbedarf nicht zu veräußern. Daher wurde eine Finanzierung not-



wendig. Die Gesamtkosten betragen 90.000 Euro. Die Bewegungsstiftung unterstützt das Projekt mit einem Kredit von 60.000 Euro über zehn Jahre. Das Darlehen ist tilgungsfrei bis zum Laufzeitende und wird mit fünf Prozent fest verzinst. Als Sicherheit ist eine Grundschuld für die Stiftung bestellt.

www.allmende-wulfsdorf.de